

Szenario

**„Kooperation und Partizipation“**

Der Großraum Linz zeichnet sich als Raum gemeinschaftlicher Interessen aus, der insofern zusammengehörig und kooperationsbedürftig ist, als die benachbarten Gemeinden hauptsächlich durch komplementäre Beziehungen (z.B. Wohn-/Arbeits-/Einkaufsort) und durch Interesse an den Synergien gemeinschaftlicher Politik im gemeinsamen Raum verbunden sind. Dieser Einsicht folgend gelingt es aufgrund zäher Verhandlungen zwischen Bund, Land und den betroffenen Gemeinden, den Großraum Linz als politische und verwaltungsmäßige Einheit zu gestalten. Gemeinsame Raumordnungspolitik, Verkehrspolitik und Wirtschafts(förderungs)politik stärken in Verbindung mit der bedarfsträgerorientierten Ausrichtung von Forschungsschwerpunkten und Innovationsförderungsprogrammen die Wirtschaftskraft der Region. Die daraus resultierenden Mehreinnahmen ermöglichen in Verbindung mit dem neugestalteten Finanzausgleich und einem Kostensenkungsprogramm innerhalb der Verwaltung die Finanzierung der Investitionen in die nachhaltige Entwicklung der Region besonders in den Bereichen Verkehr, Gesundheit und Soziales. Die konsequente Einbeziehung von BürgerInnen und Wirtschaft trug wesentlich zur hohen Qualität der Ergebnisse dieser Initiativen bei. So wird die Spitzenposition der Region in den Bereichen Verkehrs- und Infrastrukturpolitik und für die nachhaltige Gestaltung des Sozial- und Gesundheitssektors europaweit anerkannt. Diese Entwicklung führt dazu, dass Linz als „toller“ Standort mit hoher Aufenthalts- und Lebensqualität beworben wird, wobei sowohl der Wirtschaftsraum Linz als auch der Tourismus von diesen Aktivitäten und Initiativen profitieren. Einen großen Beitrag dazu leistet die durch den Focus auf die Region bessere Steuerung weiterer Soft Facts wie Erholungsgebiete, Sport, Freizeitbetätigungen und Kultur.

## I. Regionalpolitische Ausgangslage

Durch die bereits langjährige Mitgliedschaft in der EU, angesichts einer globalisierten Wirtschaft, entsteht die Einsicht, dass größere Einheiten Wettbewerbsvorteile bieten. Die größeren Einheiten sind sowohl auf wirtschaftliche Komplexe wie auf Verwaltungseinheiten bezogen. Aufgrund eines gewissen Drucks in Richtung großräumigere Strukturen beginnen Linz und seine Umlandgemeinden den gemeinsamen Raum nach gemeindegrenzen-übergreifenden Strukturen zu ordnen. Die Querelen am Anfang des 21. Jahrhunderts sind aufgrund massiver Sachzwänge in den Bereichen Verkehr, Raumordnung und wirtschaftliche Positionierung der einzelnen Gemeinden ad acta gelegt.

Großraum Linz  
als politisch-  
administrative  
Einheit

Auf breiter Basis wird im Sinne eines neuen Wirtschaftsraums gemeinsam Raumordnungspolitik, Verkehrspolitik und Betriebsansiedlungspolitik betrieben. Die Einkaufszentren sind nicht mehr länger Konkurrenten der Innenstadt, sondern werden als logische Strukturen moderner städtischer Räume und ihres Umlandes begriffen. Aufgrund zäher Verhandlungen zwischen Bund, Land und den betroffenen Gemeinden und angesichts vergleichbarer Lösungen auf EU-Ebene ist es gelungen, dass der Großraum eine politische und verwal-

tungsmäßige Einheit darstellt. Der Finanzausgleich wurde entsprechend geändert, die ursprünglich beabsichtigte Neugestaltung unter Berücksichtigung der Aufgabenverteilung stellte sich jedoch aufgrund der Probleme bei der Bewertung der Aufgaben als nicht praktikabel heraus. Daher wurde eine Änderung des Aufteilungsschlüssels unter Berücksichtigung des Arbeitsplatzangebotes, der Einwohneranzahl und des Flächenausmaßes herbeigeführt. Die Politik und die Verwaltung übernehmen eine entscheidend initiierende und steuernde Funktion und definieren klare Regularien. Was die Wirtschaft anbelangt, so steht die Schwerindustrie vor massiven Investitionsschritten. Aus Sicht der öffentlichen Hand wird der weitere Ausbau der Industrie eher unter dem Aspekt der Qualität (des Industriestandortes) bzw. des Umwelt- und Klimaschutzes und weniger im Sinne der Quantität (z.B. Arbeitsplätze) begleitet und forciert. Die Dynamik im Großraum begünstigt die Bestrebungen, die Headquarters wichtiger, international tätiger Betriebe in Linz zu halten oder sie in Linz anzusiedeln.

### **Gemeinsamer Wirtschaftsraum**

Betriebsansiedlungsgebiete innerhalb von Linz wie z.B. Franzosenhauspark und Südpark-Linz stehen nicht mehr länger in Standortkonkurrenz zu Gebieten in der Gemeinde Ansfelden, entlang der A1, sowie in Leonding und Pasching. Gesteuert durch einen zentralen Wirtschaftsservice erhält der Standort und die Infrastruktur entsprechende betriebliche Schwerpunkte. Dabei entwickeln sich jene Betriebe mit hoher Kundenfrequenz schwerpunktmäßig in der Gemeinde Ansfelden, Anschluss A1, bzw. in Pasching (Plus-City). Klein- und Mittelunternehmen wie Tischler, Bäcker, Hard- und Softwarefirmen sowie Firmen aus dem Bereich Maschinen- bzw. Werkzeugbau und Kunsthandwerk entstehen vornehmlich im Süden von Linz. Aufgrund der fehlenden unmittelbaren Standortkonkurrenz (alle Gemeinden in einem Wirtschaftsraum) können relativ großzügig politische Vorgaben betreffend Umweltrelevanz wie z.B. Niedrigenergiebauweise umgesetzt werden.

Fehlende Standortkonkurrenz begünstigt Umweltvorgaben

### **Kooperationsfreudige Wirtschaft**

Die Wirtschaft kooperiert eng, hat sich in Clustern organisiert und setzt gemeinsam Innovationen um. Dynamische kleine und mittlere Betriebe haben durch die Zusammenarbeit mit der Industrie vereinfachten Zutritt zu neuen Märkten und wachsen dadurch erheblich schneller. Im Gegenzug wird der Industrie ermöglicht, frühzeitig Einblick in neue Produkte und Verfahren lange vor Markteinführung zu haben. Eines der Highlights der letzten Jahre ist der Bau eines Automobilwerks im Umfeld von Linz, das nicht auf Grund von hohen Förderungen, sondern wegen der Kompetenz und Innovationsbereitschaft des Standortes und dessen Bevölkerung gebaut wurde. Daneben erkennen Klein- und Kleinstbetriebe, dass sie im internationalen Wettbewerb bessere Chancen haben, wenn sie „zusammenarbeiten“. Dieses privatwirtschaftliche Engagement wird von Seiten der Politik unterstützt und gefördert. Dabei ist das pekuniäre Prinzip nicht die einzige Prämisse politischen Handelns. Zunehmend werden Hilfestellungen bei Betriebsgründungen und Übernahmen, Rechtshilfe, Beratungen für PR-Konzepte sowie Know-how geboten.

Verstärkte Kooperation von Wirtschaftsbetrieben

## II. Aktive Politik für den Großraum Linz

Die Stadt ermöglicht unbürokratische Behördenverfahren bei Unternehmensgründungen bzw. Investitionen. Zahlreiche Serviceleistungen sind für die Unternehmen und BürgerInnen in den über das Stadtgebiet verteilten dezentralen und multifunktionalen Dienstleistungszentren erhältlich. Rund um das Neue Rathaus (NRH) bieten das Bürgerservicecenter und sog. Fachcenter (z.B. Bauen, Gewerbe usw.) – entlang einer sog. „Servicemeile“ – ihre Dienste an. Im städtischen Call-Center werden Anfragen beantwortet und Bestellungen für diverse städtische Produkte entgegengenommen. Per Mausclick eröffnen sich für den Bürger zeit- u. wegeunabhängige Zugänge zu Informationen und diversen Verwaltungsleistungen der Region (e-Government). Unter dem Portal [www.region-linz.at](http://www.region-linz.at) werden 2008 die Homepages aller Gemeinden in der Region integriert. Finanziert wird dieses neue Portal gemeinsam mit der Wirtschaft (PPP). In Kooperation mit den Gemeinden des Linzer Großraumes und den Bezirkshauptmannschaften beschränken sich die Dienstleistungen der Bürgerservicezentren, des Call-Centers und des e-Government nicht nur auf LinzerInnen, sondern es können auch Leistungen der Umlandgemeinden (für deren GemeindebürgerInnen) in Anspruch genommen werden.

Rascher und unbürokratischer Service der Verwaltung

### In Bildungsfragen

Das Schaffen von Arbeitsplätzen und die Fortbildung sind eine notwendige Grundlage für dieses Szenario. WIFI, VHS, BFI betreiben massive Fortbildungs- und Erwachsenenbildungsmaßnahmen vor allem im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Insgesamt werden die Weiterbildungseinrichtungen mangels qualifizierter Fachkräfte gefördert. Der Schulbereich ist differenziert und relativ ausgewogen. Durch klare Absprachen in der Region wird eine große Bandbreite an verschiedenen Berufsbildenden und Allgemeinbildenden Höheren Schulen angeboten, die eine Vielfalt an Ausbildungswegen ermöglichen. Die SchülerInnen lernen schon bald durch forcierte Projektarbeit, fachübergreifend zu denken und einen engen Bezug zur Berufsrealität herzustellen.

Fortbildungs-initiativen verbessern das Qualifikationsangebot

### In der Forschung und Entwicklung

Ganz generell unternimmt Linz seit Anfang des neuen Jahrtausends verstärkte Anstrengungen, sich mit Hilfe von Bildungs- und Innovationsoffensiven noch stärker zu einer Technologie-, bzw. Forschungs- und Universitätsstadt zu wandeln. Dies gelingt aber nur in Teilbereichen, da mangels Finanzierung etliche Vorhaben „stecken“ bleiben. Das wissenschaftliche Niveau hat um 2007 zwar in einigen wenigen ausgewählten Kernbereichen mit starkem Anwendungsbezug eine Vorreiterrolle erreicht, andererseits dümpelt es in etlichen anderen Fächern auf einem regionalen Niveau dahin. Dies liegt unter anderem daran, dass die Universitäten aufgrund ihrer im Jahr 2003 erlangten „Autonomie“ und geringerer Budgets unter einen gewissen Finanzierungsdruck gelangt sind, den sie aus eigener Kraft nicht immer austarieren können. Schwerpunkte werden immerhin – neben der Konzentration auf linz-

Verstärkte Ausrichtung von Bildung & Forschung auf Bedürfnisse der Wirtschaft

typische Forschungsfelder wie Mechatronik, Chemie, Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) – auf Themen der Nachhaltigkeitsforschung gelegt. Auch die in der Strategie der Johannes Kepler Universität aus 2003 gesamtuniversitär als Aufbauschwerpunkt festgelegten Gender Studies haben sich – dem internationalen Trend folgend – mit Hilfe von Unternehmen etablieren können. Gerade die Kombination von starkem Anwendungsbezug und einer doch etwas anderen Perspektive hat zu einer interessanten Positionierung von Linz mit seinem Umland beigetragen.

Förderung der raschen Umsetzung von Forschungsergebnissen

Die Hauptstoßrichtungen der Forschung sind Innovationen, die unter Mithilfe der industriellen Partnerschaften rasch am Markt umgesetzt werden. Die enge Kooperation mit Wirtschaft und Industrie ermöglicht es immer wieder, modernste Erkenntnisse auf diesem Gebiet umzusetzen. Die öffentlichen Forschungsstellen (Universitäten, FH's,...) und jene der Industrie sind in einem Netzwerk organisiert. Regelmäßig erfolgen Abstimmungsgespräche zwischen den forschenden Stellen, der Wirtschaft und der Stadt. Ein speziell eingerichteter Venture Capital Fonds sorgt für die Kapitalbasis von Unternehmensgründungen. Die Stadt hat durch entsprechende Infrastruktur dafür gesorgt, dass die Anmeldung von Schutzrechten und Patentierungen vermehrt und in einer hervorragenden Qualität erfolgt. Auch wenn international kooperiert wird, liegt der Fokus der Interessen von wirtschafts- wie forschungsnahen Unternehmen in der Region. Denn nur so kann eine kritische Größe erreicht werden, die es erlaubt, international wettbewerbsfähig zu sein.

### **In Verkehrsfragen**

Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs durch Investitionsschub

Die öffentliche Hand fokussiert ihre Ausgaben verstärkt auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Die Trassenführungen der Busse und der Straßenbahnen laufen ungestört vom Individualverkehr und der Öffentliche Verkehr (ÖV) ist in der gesamten Region vorrangig. Schienengebundene Verkehrsmittel wie die City-S-Bahn, eine zweite Straßenbahnlinie in der Gruberstraße und die Weiterführung der Straßenbahn bis Traun werden umgesetzt. Ab 2007 wird mit einem kräftigen Investitionsschub in das Radwege-Netz und begleitenden Imagekampagnen der Radfahranteil von sechs auf 15 Prozent gesteigert, wobei hier Maßnahmen wie das „City Bike Linz“ (nach dem Wiener Vorbild), das an ausgewählten Standorten Fahrräder gratis zur Verfügung stellt, diese Steigerungsraten erst ermöglicht. Zur Finanzierung dieses Pilotprojekts wurde eine enge Kooperation mit einer Fahrrad-Firma eingegangen. Der Individualverkehr besteht weiterhin auf hohem Niveau, allerdings kanalisiert auf die Hauptachsen. Besonders belastete Wohnungen an Hauptdurchzugsstraßen werden nach und nach aufgelöst und in Lagerräumlichkeiten oder Büros umgewandelt. Andere bis dato exponierte Wohnbereiche wurden verkehrsberuhigt.

Der Besitz von privatem Parkraum ist kein unbedingtes Qualitätskriterium für das Wohnen in der Stadt. Bewohner-Sammelgaragen werden nur in geringem Ausmaß von der öffentlichen Hand gefördert. Die Preisgestaltung unterliegt

dem freien Markt und wird in manchen Bereichen sogar restriktiv gehandhabt. Der Bewohnerparkraum wird nicht weiter ausgebaut, z.B. bei 600 Wohnungen stehen 300 Parkplätze zur Verfügung. Als Mobilitätsausgleich gibt es eine exzellente Anbindung an den ÖV. Durch die exzellente Nutzungsmischung werden sehr viele Freizeitfahrten vermieden. Gleichzeitig findet eine Bildung von Subzentren statt.

Reduktion der Parkmöglichkeiten fördert den Umstieg auf alternative Transportmittel

2010 wurde das ÖV-Angebot mittlerweile soweit verbessert, dass ein Hauptanteil der Wege mit dem ÖV bewältigt und das Auto nicht oft benötigt wird (Urlaub, Tagesrandzeiten mit schwacher ÖV-Frequenz, fallweise umfangreichere Einkaufsfahrten etc.). Privat-PKWs können daher teils durch Car Sharing-Angebote substituiert werden. Einschneidende Klimaschutzmaßnahmen (teure PKW- & LKW-Filter, hohe Treibstoffpreise, Fahrverbote, Internalisierung der externen Kosten und damit Kostenwahrheit im IV) greifen und werden von der Bevölkerung akzeptiert.

Konzepte für Park & Ride, unter der Prämisse einer Umsetzung in der Region, werden realisiert. Dies ergibt Standorte von Parkplätzen und Garagen in den Randgemeinden wie Engerwitzdorf etc., am Stadtrand und an der A7 Einfahrt. Auch bestehende, in gewissen Zeiträumen nur teilausgelastete Tiefgaragen, etwa beim WIFI, werden in das Konzept miteingebunden, wodurch sich ein geschlossenes Park & Ride-Netz für alle Haupteinfahrtsstraßen ergibt. Diese Standorte sind zur Gänze an ein Netz von schienengebundenen Verkehrsmitteln angebunden.

Park&Ride fördert den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr

Durch die Vielzahl der Maßnahmen wird der Verkehr in der Innenstadt auf das unbedingt nötige Maß (nicht substituierbarer Verkehr) reduziert. Die Lärmbelastung und Schadstoffbelastung wird wesentlich weniger. Eine durchaus funktionierende Koexistenz der verschiedenen Verkehrsträger im öffentlichen Raum wie IV, ÖV, Fußgänger und Radfahrer hat sich etabliert. Der motorisierte Güterverkehr wächst aber trotzdem weiter an. Dies liegt allerdings außerhalb des unmittelbaren Einflussbereiches der Stadt Linz (regulative Maßnahmen sind nur im Innenstadtbereich möglich) und kann nur über Druck auf Land und Bund beeinflusst werden.

### III. Image-Kampagne für den Großraum

Die Region ist aber nicht nur Wirtschafts- und Forschungsstandort. Die gesamtheitliche Betrachtung des Großraums erleichtert die Verbesserung der Lebensqualität, wobei sowohl der Wirtschaftsraum Linz als auch der Tourismus von diesen Aktivitäten und Initiativen profitieren.

So strebt in einer breit angelegten Kampagne die Stadt Linz im Frühjahr 2006 mit dem Slogan „Großraum Linz: Nachhaltigkeit par excellence“ eine Image-Korrektur des Großraums Linz an. Zielgruppe dieser Werbeoffensive sind zum einen höher qualifizierte Menschen aus dem EU-Raum, die auf-

grund der optimalen weichen Standortfaktoren zum Zuzug in die Region bewegt werden sollen, zum anderen die Wirtschaft, um den Großraum Linz als idealen Ort für Firmensitze/neugründungen zu promoten. Diese Vermarktungsidee wird von der ansässigen Bevölkerung vorerst mit Kopfschütteln und Skepsis aufgenommen, sie beginnt aber nach und nach – vor allem aufgrund gelungener Vorzeigeprojekte – auf eine gewisse Gegenliebe zu stoßen. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Trendzone „Linz Mitte“ zu verweisen, in der seit 2005 ein differenziertes und qualitätsvolles Wohnangebot entstand, das unterschiedlichste Wohnformen wie z.B. sehr billiger Wohnraum, Familienwohnungen mit Grünraum, Lofts, temporäres Wohnen, betreubares Wohnen, Jugendwohngemeinschaften und vieles andere mehr. Erreicht wurde dies mit Hilfe kooperativer Planungsprozesse, d.h. Einbindung von Fachleuten und Bürgern auf breiter Basis. Integriert in diesem Konzept sind außerdem gewerbliche Nutzungen und kulturelle Einrichtungen.

Nachhaltigkeit als  
Prämisse für Raum-  
planung

Der Magistrat Linz gemeinsam mit den Umlandgemeinden erkennt also nach und nach den Zug der Zeit, besinnt sich verstärkt auf die Lebensqualität seiner Bürgerinnen und Bürger und beginnt in einem zweiten Anlauf (ab 2008) massiv auf die Notwendigkeit einer Integration von sozial, ökonomisch und ökologisch verträglichem Wohnen und Leben hinzuweisen. Der Sinnhaftigkeit ökologisch verträglichen Bauens (klimabewusst, Niedrig-Energie-Wohnen, Nutzungsmischungen), einer Energieversorgung mit geschlossenen Kreisläufen und erneuerbaren Energieträgern sowie der Einschränkung des Individualverkehrs zum Wohle aller wird das Wort geredet. Diese Kampagne wird begleitet von ganz konkreten Maßnahmen, die besonders die Verkehrsproblematik in den Griff zu bekommen versuchen.

#### **IV. Auswirkungen im Gesundheits- und Sozialbereich**

Während beim Verkehr der Focus der Nachhaltigkeit auf den Themen Öffentlicher Verkehr in Verbindung mit Park & Ride liegt, versucht die Stadt 2005 im Gesundheits- und Sozialbereich trotz Finanzknappheit antizyklisch in Präventivprogramme zu investieren. Hilfe wird möglichst frühzeitig und damit human und kostengünstig geleistet. Die Hilfe erfolgt in einer Form, die Menschen möglichst (rasch) unabhängig von öffentlichen Leistungen macht. Von den Professionellen wird Hilfe zur Selbsthilfe geleistet. In diese Art der Unterstützung wurde und wird primär investiert. Dadurch sinken langfristig die „Reparaturkosten“. Man hat erkannt, dass sich Präventionsmaßnahmen für ganze Bevölkerungsgruppen mehr rechnen und nachhaltiger wirken, als teure Kriseninterventionen im Einzelfall.

Benachteiligte  
Bevölkerungs-  
gruppen werden  
rasch in den  
Arbeitsprozess  
integriert

Freie Träger bieten „Elternkompetenz-Zentren“ im Auftrag der Jugendwohlfahrt an, um die Erziehungskompetenz der Eltern zu steigern. Dies hat bereits dazu geführt, dass 2011 spürbar weniger in Maßnahmen der Jugendwohlfahrt investiert werden musste. Es ist gelungen, Nachbarschaftshilfe anzuregen; HelferInnen aus verschiedenen Berufsgruppen (z.B. PädagogInnen,

SozialarbeiterInnen, PsychologInnen) unterstützen Eltern in ihren Erziehungsaufgaben. Von den Professionellen wird Hilfe zur Selbsthilfe geleistet. Weiters wurde in den Jahren 2005 - 2007 in Modelle zum Arbeitseinstieg für Jugendliche investiert. Dies wurde notwendig, weil durch die Abschaffung der Frühpension und die Hinaufsetzung des Pensionsalters nur wenige Arbeitsplätze für junge Menschen zur Verfügung standen. Da der gelungene Einstieg in den Arbeitsmarkt ein zentraler Punkt für die soziale Integration und somit für die Unabhängigkeit von öffentlichen Unterstützungen wie z.B. Sozialhilfe ist, wurden gemeinsam von Linzer Betrieben und Stadtverwaltung ein regionaler Schwerpunkt zur Arbeitsintegration von Jugendlichen gesetzt, der dazu geführt hat, dass die Betriebe verpflichtet sind, je nach Größe eine bestimmte Anzahl von Lehr- und Anlehrplätzen für Jugendliche bereitzustellen.

Das in der Sozialhilfe 2002 bereits begonnene Clearingmodell für erstmalige AntragstellerInnen wurde in Verbindung mit der Sozialhilfearbeit ausgebaut. Es wurde u.a. ein Leasingmodell entwickelt, in dessen Rahmen Personal für Firmen gegen Teilkostenersatz zur Verfügung gestellt wird und durch Arbeitssassistenten ein Verbleib in der Firma unterstützt wird. Für benachteiligte Bevölkerungsgruppen (Jugendliche, Sozialhilfe-EmpfängerInnen, Frauen) gibt es Trainings- und Mentoringprogramme, die den Berufseinstieg erleichtern sollen. Unternehmen beteiligen sich aktiv – auch finanziell – im Rahmen von Private-Public-Partnerships an den Maßnahmen zur Sicherung dieser Struktur und profitieren auch davon.

Durch Stadtteilarbeit in enger Vernetzung mit und im Auftrag der politisch Verantwortlichen wird die Bevölkerung aktiviert, in möglichst hohem Maß eigenverantwortlich zu sein. Selbsthilfepotenziale werden durch Fachleute eröffnet und gefördert. Die Stadtteilarbeit begann mit einem Gemeinwesenarbeitsprojekt im Franckviertel in den 90er Jahren und wurde dann 2003 mit der Stadtteilarbeit zur Besiedelung der solarCity erweitert. Es folgten 2004 die Stadtteile Auwiesen und 2005 Neue Heimat/Zöhrdorf. An der Finanzierung beteiligten sich die Wohnbaugenossenschaften, die ein hohes Interesse am sozialen Frieden in ihren Siedlungen hatten. Insbesondere in der solarCity zeigte die begleitende Quartiersarbeit insofern Wirkung als es, wie in einer Evaluierung 2010 nachgewiesen werden konnte, verglichen mit den Stadtteilen Auwiesen und Ennsfeld signifikant weniger soziale Spannungen und Interventionsbedarf durch die öffentliche Hand (z.B. Jugendwohlfahrt) gab.

Dezentrale Hilfe zur Selbsthilfe und Förderung der Selbstverantwortlichkeit in Problemzonen

In der Altenbetreuung gibt es eine Priorität für mobile Betreuung; sofern diese im Einzelfall möglich ist. Stationäre Betreuung, Tageszentren und Mobile Dienste arbeiten eng zusammen und ergänzen sich. In den neu errichteten Seniorenzentren wird seit 2008 darauf geachtet, immer auch Jugendliche zu integrieren. Angeschlossen an ein Seniorenzentrum ist z.B. eine Jugendwohngemeinschaft. Die Infrastruktur wird gemeinsam genutzt, die jungen Menschen werden im Rahmen ihres Berufstrainings im Seniorenzentrum eingesetzt. Dadurch konnte man die Spannungen, die es 2003/2004 in den Seniorenzentren zwischen BewohnerInnen und jugendlichen Gruppen gab, in den Griff bekommen.

Priorisierung der mobilen Altenbetreuung

Im Gesundheitsbereich ist es gemeinsam mit Versicherungsträgern gelungen, ein treffsicheres Prophylaxesystem aufzubauen. Es gibt folgende Prophylaxeschwerpunkte: Ernährungsverhalten, Umgang mit Stressfaktoren, Bewegung und Sport sowie Suchtprophylaxe. Es hat in den Jahren 2007/2008 Kampagnen zur Bewusstseinsbildung in enger Kooperation zwischen den Fachleuten aus Gesundheits- und Sozialbereich gegeben, da man erkannt hat, dass sozial und wirtschaftlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen auch im Gesundheitsbereich noch benachteiligt sind.

Sport erhöht die Lebensqualität und die Attraktivität des Standortes

Was körperliche Betätigung jenseits der Prophylaxe anbelangt, so ist die bewegungs- und sportorientierte Linzer Freizeitszene geprägt vom kundenorientierten Wandel. Die Individualsporttreibenden finden ausreichende Betätigungsmöglichkeiten in einer Vielfalt von Sportanlagen. Die Vereinssportler kooperieren mit den ungebundenen Sporttreibenden in der Form, dass die Vereinssportanlagen kontrolliert auch für Nicht-Mitglieder geöffnet werden. Die Sportarten werden nach den Bedürfnissen der Bevölkerung gefördert. Neue, trendige Bewegungsformen werden forciert. Die Sportanlagen verändern sich in Richtung Multifunktionalität. Der Leistungssport wird als Motor für den Breitensport gleichrangig mit diesem gefördert.

Die Eventlandschaft „Sport“ bietet ein buntes Bild mit unterschiedlichsten Aktivitäten – vom internationalen Bewerb in olympischen Sportarten (mit internationalem Medienecho) bis zur lokalen Beachsportparty mit tausenden Teilnehmern. (vgl. Sportentwicklungsplan SEP 2003).

## V. Breite Kulturpolitik

Kulturelle Impulse verstärken den Status von Linz als Kulturstadt

Ein weiteres wichtiges Element zur Steigerung der Lebensqualität und des Wohlbefindens in der Region ist ein Kulturangebot, das die Bedürfnisse aller Bevölkerungsschichten abdeckt. Dafür spricht unter anderem der in Linz schon lange forcierte „Kultur für Alle“-Ansatz und die Bewerbung zur „Europäischen Kulturhauptstadt 2009“, für die der Zuschlag 2004 erfolgte. Dieses Faktum allein hat schon ab 2005 zu einer Dynamisierung des Kulturlebens in Linz geführt sowie zu einer noch klareren Positionierung der Stadt bzw. der Region. Die Chance auf eine weiterhin eigenständige Entwicklung wurde bewusst wahrgenommen und man konnte sich geschickt zwischen den großen traditionellen „Kunst-Zampanos“ Salzburg und Wien behaupten.

### 2009 und darüber hinaus

Möglichst vollständige Abdeckung aller Kultursparten

Auf der Basis dieses Entwicklungsprozesses und des Kulturentwicklungsplans (KEP 2000) baute Linz in den ersten zehn Jahren des 21. Jahrhunderts seine zentralen Schwerpunkte weiter aus und konnte diese – v.a. mithilfe der kräftigen Finanzspritze „2009“ – weiterentwickeln. Vor diesem Hintergrund ist auch die doppelte kulturpolitische Ausrichtung der Stadt zu verstehen: Zum einen Richtung BürgerInnen und KonsumentInnen aus der Region, zum

anderen Richtung Positionierung im internationalen Kontext. In Fortführung von „Linz 2009“ und auch im Sinne einer gewissen Nachhaltigkeit der „europäischen Kulturhauptstadt“ betreibt Linz daher ein Kultur- und Freizeitprogramm mit dem Hauptaugenmerk auf eine möglichst vollständige Abdeckung aller Kultur- und Freizeitsparten. Ziel dieses Konzeptes ist es, den Zugang zu den kulturellen Einrichtungen und Angeboten zu erleichtern. Das bedeutet auch die Fortsetzung und Neuinterpretation des „Kultur für alle/Kultur durch alle“ Ansatzes, der in Linz eine eigenständige Tradition hat. In dieser Entwicklung haben das klassische Repertoire eines Musiktheaters, das 2009 eröffnet wurde, genauso ihren Platz wie spezifische Angebote regionaler Kultur, in denen die Bevölkerung selbst eine aktive und gestaltende Rolle einnimmt. Ein Projekt unter dem Titel „Kindheit in Linz“ ermöglicht zum Beispiel den Menschen in der Stadt ihre eigenen Bezugspunkte und Erinnerungen öffentlich zu machen und den alltags- und kulturgeschichtlichen Blick auf die Stadt zu vertiefen und inhaltlich anzureichern.

Gleichzeitig wird im Kontext von „Linz 2009“ ein starker Fokus auf die internationale Positionierung von linztypischen Schwerpunkten gelegt. Das betrifft vor allem – analog zum KEP – die Felder „Technologie und Neue Medien, Offene Räume und Freie Szene“. Dabei wird versucht, regionale KünstlerInnen durch internationale Austauschprogramme für das überregionale Kunstgeschehen fit zu machen. In diesem Kontext spielen besonders auch die Institutionen vor Ort, wie O.K Centrum für Gegenwartskunst, Ars Electronica Center und Lentos mit ihren ohnehin schon bestehenden Auslandsverbindungen eine wichtige Rolle. Sie beraten und begleiten die heimischen KünstlerInnen bei der Standortauswahl ihres Auslandsaufenthalts und stellen schon im Vorfeld wichtige Kontakte für diese her. Ebenso unterstützen hochwertige Ausbildungsprogramme der Linzer Kunstuniversität die Profilierung der heimischen StudentInnen. „Artist in Residence“-Programme wiederum holen anerkannte WissenschaftlerInnen, MedienkünstlerInnen und -theoretikerInnen nach Linz. Ganz besonders trägt aber auch die Vielzahl der 2009 abgehaltenen Symposien und Round-Table-Gespräche in Linz dazu bei, ein inspirierendes und kreatives Flair in der Region zu etablieren. Die Vielzahl der Themen wie „Öffentlicher Raum – Offene Räume“, „Interfacing Access“ und vieles andere mehr haben teilweise wie Initialzündungen gewirkt und etlichen Anlass zu Eigeninitiative geboten. Große internationale Beachtung findet auch das Projekt „365 Tage – 365 Frauen“, welches künstlerische und gestalterische Aktivitäten von Frauen in den Mittelpunkt stellt.

Durch diese Ansätze zur Internationalisierung kann ab 2009 ein ausgezeichneter und effizienter Kompetenztransfer von internationalen Strömungen und Entwicklungen in die Region ermöglicht werden. Durch vielfältige Kontakte von heimischen Kunstschaaffenden und internationalen ExpertInnen entsteht so ein eigenständiges und unverwechselbares Profil und die Region positioniert sich voller Zukunftsorientierung und Dynamik. Ausgewählte Schwerpunktthemen der heimischen Institutionen wie Medienkunst, Informationstechnologie und Medienkunstgeschichte tun ihr Übriges, um Linz seinen guten Namen in diesem Kontext zu erhalten. In den Jahren zwischen 2005 und

Internationale Positionierung als dynamische und zukunftsorientierte Region

Nicht-kommerzielle Kulturinitiativen arbeiten eng zusammen

2010 haben sich außerdem eine Reihe von Kulturinitiativen gebildet, die sich auf unterschiedlichste Weise mit den einstmals „neuen Medien“ beschäftigen. Zwischen dem Medienzentrum Linz, welches für eine breite Ausbildung im inner- und außerschulischen Bereich in Sachen Radio und Fernsehen sorgt, sowie den zwei konkurrierenden, nichtkommerziellen Regionalradios und dem Internetfernsehen gibt es stabile Zusammenarbeit.

Symbiose von neuen Medien und traditioneller Kunst

Anlässlich der Kulturhauptstadtvorbereitungen wurde mit Unterstützung des AEC, den Seniorenverbänden und der mobilen Altenhilfe ein Seniorennetzwerk aufgebaut, welches traditionelle Ansätze der Kultur, aber auch der Nachbarschaftshilfe in diesem Alterssegment längst in den Schatten stellt. Auch im Bereich der traditionellen Kulturveranstalter ist E-Mail und Internet nicht mehr wegzudenken. Konzerte und Theateraufführungen integrieren Video und Internet nicht nur ästhetisch in ihre Aufführungen, sondern zunehmend werden Aufführungen auch selbstverständlich per Streaming ins Haus geliefert. Festzuhalten ist weiters, dass das Projekt „Linz – Europäische (Medien-) Kulturhauptstadt 2009“ ein ganz wesentlicher, wenn nicht der entscheidende Motor für diese positive Entwicklung war. In der Folge wurde, ganz im Sinne eines nachhaltigen Ansatzes, versucht, diese positive Entwicklung weiterzutreiben und durch übergreifende Strukturen sowie ein interdisziplinäres Zusammenwirken ein vernetztes und auf den definierten Schwerpunkten basierendes Gesamtangebot zu schaffen.

## VI. Nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung

Die nachhaltige Stadtentwicklung und die Erfolge insbesondere in den Bereichen Verkehr, Gesundheit, Soziales und Kultur sind nur durch Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger möglich. Außerdem verstehen Stadtregierung, Gemeinderat und Kommunalverwaltung sowie öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen ihre Gestaltungsaufgabe umfassend und erfüllen sie aktiv. Die Stadt Linz fördert Partizipation, indem sie deutlich macht, dass Beiträge der BürgerInnen zur Planung öffentlicher Projekte und zur Organisation öffentlicher Programme nach ernsthafter Prüfung in geeigneter Form realisiert werden, ohne dass aber städtische Vorhaben in der Regel durch Volksentscheid entschieden werden und das politische Mandat ausgehöhlt wird. Sie motiviert die BürgerInnen, indem sie ihnen Möglichkeiten zur Partizipation und Kooperation benutzerfreundlich einräumt und die Menschen zu deren Nutzung motiviert. Hier machen sich die Förderungen der allgemeinen Bildung und der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien durch die Stadt Linz bezahlt, welche die Technikfeindlichkeit und Bildungsvorbehalte wesentlich reduzieren und überwinden helfen. Die notwendigen Vorkehrungen für die Bürgerbeteiligung unter Nutzung von Internet (e-Democracy) sind ebenfalls optimal ausgebaut. Bedenken gegenüber einer etwaigen Bevormundung (einem wohlwollenden Paternalismus) werden durch die Strategie der Aktivierung der BürgerInnen in ihrer politischen Mündigkeit und ihres gesellschaftlichen Engagements zerstreut oder zumin-

BürgerInnenbeteiligung als Erfolgsfaktor für die Entwicklung der Stadt

Partizipation wird durch vielfältige Maßnahmen gefördert

dest relativiert. So erfolgen z.B. Planungsaktivitäten im öffentlichen Raum – wie z.B. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen oder die Attraktivierung des Wohnumfeldes – ausnahmslos unter Einbeziehung der betroffenen BürgerInnen. Zur Sicherstellung wird Bürgerbeteiligung im Statut normiert und entsprechende Instrumente (z.B. Konzept „Planungszelle“) institutionalisiert.

Positiv für die Entwicklung der Stadt erweisen sich Sparmaßnahmen in der Verwaltung. Kosten-Nutzen-Überlegungen bestimmen die Form der Leistungserbringung. Auch alternative Formen der Leistungsbereitstellung, vor allem das Outsourcing (Vergabe von Leistungserstellung in bestimmten Bereichen nach außen an erwerbswirtschaftliche Unternehmen oder NGOs bzw. NPOs, ohne aber gleichzeitig die öffentliche Verantwortung für die Bereitstellung der staatlich spezifizierten Leistungen aufzugeben) werden verstärkt eingesetzt. Bereiche, die nicht Pflichtaufgaben (gesetzliche Aufgaben, Daseinsvorsorge etc.) der Stadt darstellen und deren Steuerung nicht primär im politischen Interesse liegt, werden ausgelagert. Eine große Rolle für Teilbereiche spielen dabei die GWG und Linz AG, die auf Grund der Eigentumsverhältnisse die gewünschten Rahmenbedingungen bieten.

Als Indikator für den Aktivitätsgrad der Stadt kann die Anzahl der städtischen MitarbeiterInnen betrachtet werden. Sie beträgt in diesem Szenario etwa 1500. Diese Zahl erklärt sich – trotz Restrukturierung, partiellem Outsourcing und e-Government – aus dem breiten Aufgabenspektrum und den engen Kontakten zu den BürgerInnen. Die Stadtverwaltung ist nun für die Bürger in beinahe allen behördlichen Belangen zentrale Anlaufstelle. Durch eine optimierte und neu strukturierte Ablauf- und Aufbauorganisation (z.B. Backoffice/Frontoffice-Organisation) können die dafür erforderlichen Personalressourcen gering gehalten werden.